

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortverkehr vierteljährlich M. 1.
ausserhalb desselben M. 1.
hievu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
mit
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 3 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garmondzeile.
Reklamen 15 Pfg. die
Peilzeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 87.

Montag, den 15. April

1907.

Naumanns Reichstagsrede über Sozialpolitik.

Mit Rücksicht auf die tiefe Bewegung, die die Rede Naumanns in der Donnerstags-Sitzung des Reichstags bei allen Parteien ausgelöst hat, geben wir die Rede nachfolgend ausführlicher wieder. Naumann führte aus: Die Abgeordneten Trimborn und Wassermann haben gestern in ihren ausführlichen Darlegungen über Sozialpolitik von der relativen Unfruchtbarkeit der vergangenen Periode gesprochen, und ebenso ist Herr Rugdan auf dasselbe Problem eingegangen. Woher kommt es, daß in einer Zeit, wo die Fülle sozialpolitischer Pläne, Ideen, Anregungen und Debatten liegt, wo in Gewerkschaften, in Berufsvereinen aller Art, in Literatur überall die sozialen Dinge in einer Weise behandelt werden wie kaum eine der anderen geistigen kulturellen Probleme, der positive Jahresertrag auf diesem Gebiete seit Jahren so minimal ist, wie es sich durch eine einfache Zusammenstellung der wirklichen Gesetzgebung im Deutschen Reich ergibt? Als Ursache dieses Mißverhältnisses erscheint in einer gewissen Hinsicht die unharmonische Art und Weise, in der sozialpolitische Anträge und Wünsche von den Parteien an den Reichstag gebracht werden und nach Lage der Dinge wohl auch gemacht werden müssen. Es ist nicht zu vermeiden, daß diese Anträge zu einem gewissen Wettkampf der Parteien unter sich führen. Aber eben dadurch wird der Bevölkerung eine Tatsache verdeutlicht, die ungeheuer wichtig sein würde, wenn die Bevölkerung im ganzen sie sah, nämlich, daß es trotz der Verschiedenartigkeit der vielen Einzelanträge eine sozialpolitische Mehrheit im vergangenen Reichstage gegeben hat und ebenso gut im jetzigen Reichstage gibt, die in ihrer Weise ebenso geschlossen ist wie auf anderen Gebieten die nationale Mehrheit für patriotische ähnliche Dinge. Hinter all diesen Einzelanträgen liegt doch ein genau zu formulierendes Quantum sozialpolitischer Willens, sozialpolitischer Tendenz, die einheitlich als Majoritätswille, formuliert werden kann. Professor Franke hat früher in der sozialen Praxis versucht, dieses Quantum festzustellen. Es scheint ganz fest zu sein, daß für ein freibürgerliches Reichsvereinsgesetz, für ein Berufsvereinsgesetz ohne Polizeicharakter, für eine gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter, für den Zehnstundentag der weiblichen Arbeiterinnen in den Fabriken und für ein Pensionsgesetz für Privatbeamte unter allen Umständen die Majorität vereinigt ist (Sehr richtig!), daß auch auf dem Gebiete der Heimarbeit und wahrscheinlich auch auf dem der Wohnungsfrage sich ein Mindestmaß von dem herausstellen wird,

was von derselben Majorität vertreten wird. Wenn man deshalb in der Bevölkerung sehr vielfach dem Reichstag die Schuld beimißt, wenn wir keinen festen sozialpolitischen Kurs haben und keine Fortschritte machen, so scheint mir festzustehen, daß nicht der Reichstag daran schuld ist (Hört, hört! und sehr wahr!), sondern daß der andere Faktor des Deutschen Reiches der schuldige Teil an dieser Unfruchtbarkeit ist (Lebhaftes sehr richtig!), nämlich der Bundesrat. Wenn der Abg. Trimborn gemeint hat, der Vertreter des Reichsamts des Innern ist seinerseits nicht schuldig, sondern andere Faktoren, so sage ich von meinem Standpunkt aus, das ist eine interne Angelegenheit des andern Faktors der Gesetzgebung. (Sehr gut!) Die Tatsache, mit der die auf Sozialpolitik wartende Bevölkerung zu tun hat, ist einfach die, daß der Reichstag eine sozialpolitische Majorität hat, daß aber der Bundesrat nicht gesonnen ist, auf den Willen dieser Majorität einzugehen. (Lebhaftes Hört, hört!) So sehr wir alle bereit sein werden, die persönlichen hohen Vorzüge des Vertreters des Reichsamts des Innern dankbar anzuerkennen, so kann doch diese Anerkennung keine Entschädigung für den unbeachteten Majoritätswillen des Parlaments sein. (Sehr richtig!) Denn wenn man an irgendeiner Stelle die Schwäche des Parlamentarismus in Deutschland handgreiflich vor sich haben will, so ist es eben diese sozialpolitische elementare Tatsache, daß es seit langem eine Majorität gibt, die von Jahr zu Jahr referierend und bittend immer wieder an denselben Bundesrat die Anträge stellt. (Lebhaftes sehr richtig!) Das liegt daran, daß das ganze Machtverhältnis zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung so ungleich verteilt ist. Wenn die Majorität des Bundesrats ihrerseits eine gewisse Gesetzgebung für lebensnotwendig hält, so appelliert sie von einem gewesenen Reichstag an einen neuen Reichstag. (Sehr richtig! und Weiterleit.) Es ist aber der Majorität des Reichstages verjagt, im gleichen Falle von einem Bundesrat an einen andern Bundesrat zu appellieren. (Stürmische Weiterleit.) Daran liegt es, daß die Sozialpolitik in Deutschland nicht vorwärts kommt. Es ist notwendig, der Bevölkerung dieses Verhältnis eindringlich klar zu machen.

Auf die Frage, worauf dies zurückzuführen ist, ist zunächst gesagt worden, die Arbeitskräfte im Reichsamte reichen nicht aus. Das mag vom Standpunkte der arbeitenden Einzelbeamten im Einzelmoment durchaus richtig sein, aber als Erlebigung dieser Frage im ganzen ist er absolut unrichtig. Wer wird unbedingt notwendige neue Schiffsbauten auf die Dauer

hinausschieben, weil es an Arbeitskraft fehlt? Da heißt es: es muß gemacht werden, die Werke muß erweitert werden usw. Wer davon überzeugt ist, daß die kaiserlichen Erlasse zutreffen, die uns die Sozialpolitik im ganzen als notwendig und dringlich dargestellt haben, der muß mir auch glauben, daß die notwendige Erweiterung der Arbeitskräfte für dieses Gebiet kommen muß. Und außerdem: in dieser Quantität von Forderungen, die als Einheitsbesitz der Majorität des Hauses zu gelten hat, sind Sachen dabei, die längst keine großen und neuen Vorarbeiten mehr brauchen. (Sehr richtig!) Beispielsweise das Reichsvereinsgesetz! (Sehr gut!)

Nun gibt es ein einfaches Mittel, den Bundesratsvertreter von Württemberg zu bitten, das dortige Vereinsgesetz hier vorzulegen. (Weiterleit. Sehr gut! Erzählung v. Schider nicht lebhaft mit dem Kopf.) Es sind wenige Paragraphen. Dieses Gesetz ist fertig vorhanden. Die Majorität ist fertig vorhanden. §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, die strafrechtliche Verfolgung, wenn jemand einen Staatsbürger hindert, einem Berufsverein anzugehören, das sind die einzigen Dinge, die hier verwickelt sind. Umständlich ist immer nur unliberale Gesetzgebung (Sehr gut!), denn die hat ihrer Natur nach den Charakter, daß Ausnahmebestimmungen und -erscheinungen übereinander gebaut und ineinander geschachtelt werden. (Sehr richtig!) Liberale Bestimmungen sind Bestimmungen, die für jeden Staatsbürger einfach gelten und daher ihrer Natur nach einen gewissen Charakter der Durchsichtigkeit und Einfachheit haben. (Sehr richtig!)

Es ist aber sicher nicht im letzten Grunde dieses formale Element der notwendigen Arbeit, was den Bundesrat hindert, der sozialpolitischen Majorität des Reichstages entgegenzukommen, sondern es sind sachliche Gründe, die mit dem Wesencharakter der ganzen sozialpolitischen Periode zusammenhängen, in der wir stehen. Als den Charakter dieser Periode bezeichne ich das Doppelverhältnis. In der Zeit, wo die Großindustrie in Deutschland in ungeahnter Weise wächst und sich ausdehnt, in einer Zeit, wo die syndikatsmäßige Zusammenfassung der großen und schweren Industrien die gewaltigsten Fortschritte macht, wo die Fusionierung der großen Unternehmungen die Führung des Arbeitsprozesses in immer weniger wirklich führende Hände hineindrängt, kurz, in demselben Zeitpunkt, wo Deutschland erst eigentlich und vor allem in seiner großen und Halbfabrikationsindustrie ein großes industrielles Land ist. — in dieser selben Zeit haben wir eine Sozialreform, die an sich dankenswert eifrig und gut ist, aber sich sozusagen fast immer nur auf den Außenforts dieser Volkswirtschaft be-

Wenn der Frühling kommt.

Novell von Margarete Böhm.

(Fortsetzung.)

Frau Hildegard war sehr erfreut über Wendells Besuch. Es ging wie immer: er brachte einen Strom frischer Lebenslust und unwüßlicher Lebensfreude herein, der sich über Personen, die mit ihm in Berührung kamen, unwillkürlich mitteilte. Selbst der schwermütige Ernst der leibenden Frau konnte der frohsinnigen Laune des Weinhandlers nicht dauernd standhalten. Als er sich verabschiedete, sagte er Frau Hildegard versprochen, schon recht bald, möglichst schon in den nächsten Tagen, wiederzukommen. Hildegard begleitete Wendell durch das Vorzimmer ins Entree. „Wo steht denn der junge Herr?“ fragte er. „Ich begegne ihm vor einigen Sonntagen im Zoologischen Garten. Ihre Stütze, Fräulein Auguste, war bei ihm.“ „Fräulein Auguste — — —“ „Ach... Haben Sie sich nicht versehen, Herr Wendell?“ „Ich? Nein. Ich dachte, Sie wüßten es, nun habe ich am Ende gewußt, sagen Sie's ihm nur nicht. Sein Freund Freund Ribbed macht übrigens wohl gute Geschäfte mit seinem Lichtbad. Sind die beiden noch so viel zusammen?“ „Ich glaube wohl...“ „Rechtwichtig. Also auf Wiedersehen, Fräulein Hildegard. Bis nächsten.“

Hildegard war mit dem Fräulein, das sie vor einigen Wochen zur Stütze engagiert hatte, gar nicht zufrieden. Augustens Unerschrockenheit im Lausbad war noch das geringste Tadelswort an ihr; sie zeigte aber auch keine Lust zu lernen, war zerfahren, gedankenlos, oberflächlich und unzuverlässig. Auch nahm sie es mit der Wahrheit nicht allzu genau; Hildegard hatte sie wiederholt beim Lügen ertappt, und um das Maß voll zu machen, begann sie jetzt auch mit Ribbed anzubändeln. Hildegard beschloß, Auguste bei der nächsten Gelegenheit zu kündigen. Was

Köhén bekam in den ersten Wochen seine Mahlzeiten in seinem Zimmer serviert, aber nach einiger Zeit wünschte er abends am gemeinsamen Essen teilzunehmen. Um Studien zu machen, wie er sagte; in Wirklichkeit, weil er gern mit Hildegard plauderte und sich tagsüber dazu wenig Gelegenheit bot. Hildegard hatte ihm vom ersten Blick an gut gefallen, und je öfter er sie sah und je näher er sie kennen lernte, erhöhte sich seine Bewunderung für das ebenso reizende als kluge und tüchtige Mädchen. Sein einziger Kummer war der Umstand, daß sie seinen schriftstellerischen Leistungen anscheinend wenig Verständnis entgegenbrachte. Der Ruhm seiner schriftstellerischen Tätigkeit schien ihr ebensowenig zu imponieren als die hohen Ziele seiner Bestrebungen an sich.

Hildegard nahm kaum Notiz von den verdeckten Luftdigungen und Anhimmlungen ihres neuen Verehrers. Sie behandelte ihn mit der gleichen ruhigen Freundlichkeit wie die anderen Gäste ihres Hauses, ohne je mit einer Miene zu verraten, daß sie die Absichten des Grafen durchschaute und irgendwie für oder gegen dieselben Stellung nahm.

Seit Neujahr hatte die Verolinda, wie öfters, wenn die Gäste wechselten, eine wesentlich veränderte Physiognomie bekommen. Die wenigen Bewohner gehörten den besten Gesellschaftskreisen an. Unter anderen hatte ein Ehepaar aus Vöhringen, Baron und Baronin von Lubingen, in der Verolinda zwei Zimmer mit voller Pension genommen. Die Baronin, eine noch junge Dame, war ganz entzückt von Hildegard und suchte ihr näherzutreten, während Lubingen, der Köhén bei der gemeinschaftlichen Abendmahlzeit kennen lernte, sich mit diesem befreundete. Hildegard fand ihrerseits auch Gefallen an der feinen, lebenswürdigen jungen Frau und nahm gern die häufigen Einladungen des Paares zur Besichtigung der Berliner Sehenswürdigkeiten, kleinen Ausflügen und Abendunterhaltungen, die ihr eine willkommene Zerstreuung in dem Lenzleide des Alltagslebens boten, an.

Eines Abends hatten Lubingens sie für sie Diner

eingeladen. Köhén schloß sich ihnen an. Nach der Vorstellung ging man in ein Restaurant souperieren.

Frau von Lubingen interessierte sich sehr für Köhéns Arbeiten. Die etwas lebhaftere Dame hatte eine richtige Manie für Berühmtheiten jeden Genres, und da Köhén Köhén durch sein Buch tatsächlich bekannt geworden war, wurde seine Persönlichkeit in den Augen der kleinen, einfältigen Frau von einer Aurore umflossen, die selbst minder lebenswürdige Eigenschaften seines Charakters kaum zerlöhr hätten.

Charitas Lubingen war selbst etwas schöngeistig veranlagt. Sie hatte vor Jahren eine Novelle geschrieben, die, nachdem sie jahrelang von Redaktion zu Redaktion gewandert war, ohne einen Abnehmer zu finden, schließlich auf ihre eigenen Kosten gedruckt, aber von niemand gekauft worden war. Seitdem hatte sie zum Wohle der Menschheit auf jede weitere Betätigung ihres schriftstellerischen Talentes endgültig verzichtet. Sie kokettierte bisweilen ein wenig mit diesem Mißerfolg, indem sie sich selber ironisierte, aber im stillen phantasierte sie sich doch noch gern in das Martyrium des verkannten Genies hinein.

Frau Charitas gehörte nach ihrer felsenfesten Ueberzeugung zu den „armen, unverständenen Frauen.“ Der gute Lubingen war zwanzig Jahre älter als sein Frauenchen, und obgleich er heute nach zehnjähriger Ehe noch genau so bis zur Torheit verliebt in seine Charitas war als vor der Heirat, hatte er für ihre Talente noch nicht viel übrig. Im allgemeinen vermochte er sich überhaupt eher für eine vorzügliche Gänseleberpaste oder einen auserlesenen Kabinettswein als für geistiges Futter zu enthusiasieren. Auf die inständigen Vorstellungen seiner Frau hatte er sich unlängst herbeigelassen, Köhéns Wert zu lesen, dasselbe aber zu Charitas Entsetzen für eine „hervorverbrannte Quaselle“ erklärt.

(Fortsetzung folgt.)

wagt. Denn die eigentliche Zentralfrage dieser Sozialpolitik, die Frage der Arbeitsverbesserung der Großindustrie, die ist es, die von der Sozialpolitik in dieser Periode in Angriff genommen wird. Als die kaiserlichen Erlasse von 1890 kamen, da wurde dies Problem, daß es sich um großindustrielle Verhältnisse handelt, zunächst klar herausgebracht. Es war der erste große Ruf der Arbeiterbeschäftigung in das Gebiet der Großindustrie hinein. Wenn wir aber das ansehen, was in den fast 10 Jahren, in denen Graf Posadowsky das Reichsamt des Innern sozialpolitisch vertritt, geschehen ist, so scheint mir das Wesentliche zu sein, daß jene Grundlage der Arbeiterbeschäftigung, die in der vorhergehenden Periode gelegt ist, in einer durchaus erfreulichen und anerkanntswerten Weise ausgedehnt worden ist, auf Gebiete, die vorher von der Sozialreform nicht erfaßt waren, die je männliche Bevölkerung, die kaufmännischen Angestellten, Gebiete der Landwirtschaft und es ging bis zu den Kindern. Das, was das eigentliche Zentrum der Sozialpolitik ist, eben jene Frage der Arbeitsverbesserung in der zentralisierten Großindustrie, das ist liegen geblieben in dieser Zeit. Bleibt also: das Gros der sozialpolitischen Arbeit ist an der Großindustrie vorbeigegangen. Zuerst bei der Zuchtansvorsorge, dann bei der Frage, ob die Arbeiterausschüsse in den Bergwerksindustrien vom Reichstag oder vom preussischen Landtag zu verlangen seien, und zuletzt bei der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Das Gemeinsame im Charakter dieser drei Vorkommnisse, wo sich Entwürfe der Reichsregierung mit dem eigentlichen Kernproblem der Sozialpolitik beschäftigen — da sind zwei davon verflochten und einer vom Landtag erledigt — ist bei allen dreien das Mißtrauen gegen die organisatorische Kraft und Leistung der Arbeiter. Denn woher kommt jene Ueberladung mit polizeilichen und anderen belästigenden Vorschriften in dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine als aus demselben Mißtrauen heraus, aus dem feinerzeit die Formulierung der Zuchtansvorsorge kam. (Sehr gut!) Das ist eben die Kernfrage zuletzt, ob jenes tiefe, sachliche Mißtrauen, das der Bundesrat offenbar der Organisation der Arbeiter gegenüber hat, auf die Dauer festgehalten werden kann. Es hat sich die Organisation der Arbeiter, auch ohne daß die Gesetzgebung den Weg eigentlich freigemacht hat, ganz von selbst durchgedrückt in fast allen kleineren Betrieben. Sowohl im Handwerk wie in den kleinen und mittleren Industrien, den Industrien der Fertigfabrikation existiert an sich die gewerkschaftliche Bewegung als ein Faktor, der längst über die §§ 152 und 153 durch sein Dasein praktisch hinweggeführt hat. Es haben sich unsere Handwerker längst daran gewöhnen müssen, daß sie mit den Arbeitern umzugehen müssen, und sie haben gesehen, daß es geht; und es haben auch alle Industrien, die im begrenzten Umfang irgendeine fertigschaffende Tätigkeit haben, sich mit demselben Zustand, oft unter Reibungen und Schwierigkeiten, aber doch praktisch abfinden müssen und in Wirklichkeit fehlt heute die freie Organisation der Arbeiter nicht dort, wo jene zahlreichen Tarifverträge vorhanden sind, nicht im Gebiet der Kleinbetriebe, sondern dort fehlt sie, wo die eigentlich modernste Form der großen Masse der Industrien zu finden ist. An dieser Stelle ist die Freiheit am geringsten. Da, wo die einzelnen Unternehmer am ehesten fragen und fragen möchten: Wie halte ich es aus, mit den organisierten Arbeitern mich zu verständigen, da hilft ihnen kein Mensch davor, da heißt es: Siehe du selbst zu, wie du damit fertig wirst! sondern die ganzen Demenisse der Gesetzgebung gegen die Organisation der Arbeiter kommen in Wirklichkeit nur da zum Ausdruck, wo große konzentrierte Betriebe sind. Da wird das wirtschaftliche Grundrecht, daß moderne Menschen sich dazu assoziieren und die Lebensverhältnisse bessern, dieses elementare Grundrecht, auf dem die ganze Entwicklung sozusagen aufgebaut ist, nicht anerkannt. Was will man denn vom Staatsgedanken aus den Arbeitern sagen, die zwar das Koalitionsrecht haben, denen aber niemand hilft, wenn ihnen das Koalitionsrecht genommen wird? Was will man ihnen von Staats wegen sagen? Die alte Theorie der liberalen Epoche: Einzelnen, du bist ein wirtschaftliches Subjekt (Sehr gut!), als Einzelnen kannst du keine Arbeitskraft verkaufen, so gut wie du willst! Das ist die Grundlage der Gewerbeordnung von 1869! (Hört, hört! Lebhafter Beifall im Zentrum und links.) Wo ist denn heute der Einzelnen, der seine Arbeitskraft, an ein Bergwerk verkaufen kann und fragen kann: zu welchen Bedingungen? Da heißt es einfach: ein Platz ist frei — ein Platz für eine Nummer ist frei! (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Das ist kein Vorwurf, sondern das liegt in der ganzen industriellen Entwicklung selber. Aber was gibt es dann, was man heute dem einzelnen sagen kann, wenn nicht hinter dem elementaren Recht der freien Organisation die gesetzliche Strafbarkeit dessen steht, der es kauft? Solange ist es ein unfertiges Recht, ist es ein Recht, an das man nicht appellieren kann. Heute gibt es nicht mehr den Arbeitsvertrag des einzelnen in den Großindustrien, sondern gibt es entweder den Kollektivvertrag oder überhaupt keinen. Und darum ist die Ermöglichung des Kollektivvertrages die einzige wirkliche positive Wirtschaftsordnung, die man innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft machen kann denken, die in dem System der Großindustrien drin sind. Und es scheint mir, daß das ganze Problem der Organisation der Arbeit in den Großindustrien darin liegt, jeder Ausbau von weiter oben wird immer wieder an dem Mangel eines Unterbaues auseinandergehen. Wenn beispielsweise die Arbeitskammern verhandelt werden sollen, für die wir eintreten, so bedeuten diese doch im Aufbau einer gewerblichen Verfassung bereits ein sehr fortgeschrittenes Glied. Wenn vorher eine Unterkammer auf der einen und eine Arbeiterkammer auf der anderen Seite da ist, dann stellt sich jene viel erörterte Streitfrage, ob man Arbeiterkammern oder Arbeitskammern haben soll, einfach so dar: Zunächst die Organisation der Interessengruppen für sich. (Sehr richtig!) Von da aus kann man dann die Verbindungsmöglichkeit geschäftlich schaffen. Wenn wir aber jetzt, ehe wir Arbeiterkammern haben, über Arbeitskammern verhandeln sollen, so wird sich vermutlich ergeben, daß schon die Frage der Befugnis dieser

Kammer solche Komplikationen herbeiführt, daß die Befugnis sehr groß ist, ein nächster Winter verläuft mit einem Entwurf über Arbeitskammern ähnlich wie ein vorhergehender mit einem Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, weil man beides nicht aufbauen kann ohne jenen Unterbau, der vorher da sein muß. Und auch das, was man Arbeiterkammer nennt, also die entsprechende Formation für den Arbeiter, wie sie in den Handels- und Handwerker- und Landwirtschaftskammern für andere Volksgruppen ist, steht doch voraus, daß der organisierende Trieb, im Gewerbe arbeiten zu wollen, auch in der Gestaltung des Gewerbes arbeiten zu wollen, in den Einzelobjekten dieser Gruppe bereits erweckt worden ist. Wenn Sie eine Arbeiterschaft haben, die von keiner gewerkschaftlichen Arbeit berührt und durchgearbeitet worden ist, so können Sie mit ihr alles das nicht machen. Gewiß, man kann sie in jeden Ausschuss hineinsetzen, in jede Arbeitskammer, aber es ist doch nichts drin. (Sehr wahr!)

Was hätten Sie dann in solchen Arbeitskammern? Keine Arbeitskraft, keinen Bestand, keine Elastizität! Denn alle jene Elemente wachsen erst durch die freie Organisation. Dabei gibt es nichts anderes, das hier helfen könnte, als jenes Urelement, daß man zu allererst jene Koalitionsfreiheit sichert; es muß unmöglich gemacht werden, daß gerade auf dem Gebiet der entscheidenden Industrien die Arbeiterverbände entweder überhaupt verhindert oder auf einem so niedrigen Niveau gehalten werden, daß nichts Rechtes dabei herauskommen kann. Es entsteht also für uns die Notwendigkeit, den Aufbau einer nach oben steigenden Industrieorganisation von Grund auf in Angriff zu nehmen, und zwar durch die Durchführung der alten liberalen Forderung der Sicherung der Koalitionsfreiheit. Stufe für Stufe muß der Bau weiter in die Höhe gehen bis zu seiner Krönung durch den Industrieparlamentarismus zu jenem System der Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter an der Arbeitsverfassung der Industrie im ganzen. Daß dieses Problem heraufsteigt, daß wir ihm nicht ausweichen können, davor können wir doch unmöglich die Augen verschließen. Wir können doch nicht dauernd Sozialpolitik treiben — so schätzenswert die einzelnen Reformen auch sind — auf den Stellen, auf denen die Zukunftsentwicklung der Industrie in Deutschland nicht beruht. (Sehr wahr!) Die industrielle Arbeit muß zur gewollten Eigenarbeit der arbeitenden Personen selbst werden. Bis dahin müssen wir die Frage wenigstens durchdenken. So gut vor hundert Jahren die Stein-Parbenbergische Gesetzgebung den Landmann mit der Parole befreite: Du mußt deine eigene Sache zu treiben haben, dann wirst du ein anderer Mensch sein, so besteht auch in der Industrie die Frage, ob es die Möglichkeit gibt, verfassungsmäßig im Laufe der Jahre einen Zustand herbeizuführen, wie er im Staatswesen im Laufe der letzten hundert Jahre eingetreten ist, wo aus Untertanen Bürger gemacht sind. So heißt es auch für die Industrie aus Industriearbeitern Industriebürger zu gestalten. Und dieses Problem in seinen Anfängen ist eben die Koalitionsfreiheit.

Hier steht das Gebiet ein, von dem ich noch mit wenigen Worten zu sprechen habe. Daß die Organisation der Arbeiter nicht die Beseitigung des autoritären Prinzips im Betrieb sein kann, ergibt sich daraus, daß auch nicht-demokratische angelegte Organisationen der Arbeiter vorhanden sind. Es wird also immer dasselbe Problem wie im Staat auch in der Industrie vorhanden sein, aber es wird für die Industrie das gleiche mitreden, was wir im Staatsleben haben, daß die ganze Elastizität der nationalen Kraft um so viel gewonnen hat, als es möglich geworden ist, das Interesse der einzelnen Bürger dem Staatsganzem zuzuführen. Welches sind jetzt die Staaten, deren Existenz am ruhigsten hingeht? Doch schließlich diejenigen, in denen liberale Gesinnung am meisten im Volke zur Geltung kommt und deren Verfassung am liberalsten durchgeführt ist. (Sehr richtig! links), nicht aber diejenigen, wo man das zweite Prinzip neben der Autorität, die Mitwirkung der Bevölkerung am Gemeinwesen, am wenigsten beachtet. (Sehr richtig! links.) Dieselben Grundsätze, die wir in der Geschichte des Staatslebens erfahren haben, gehören ebenso in die Geschichte des Wirtschaftslebens. Damit ist auch die Frage beantwortet, ob der Staat bei diesem Prinzip eine Gefährdung seiner Ordnung zu befürchten hat. Wer sind denn im Staate die gefährlichen Menschen? Die, welche hoffen können, oder die nichts zu hoffen haben? Doch wohl die letzteren. Und diese Organisation auf dem Boden der Freiheit öffnet der geordneten Hoffnung die Tür und wird unter Umständen in nicht zu ferner Zeit dem Staat eine Hilfe werden bei der großen und schweren Auseinandersetzung, der er entgegengieht, mit der Macht der großen Syndikate. Die dritte Ausgabe der Denkschrift, die uns jetzt vom Reichsamt in die Hand gegeben worden ist, über die Organisation des Kohlenkontors und des Kohlenverkaufssyndikats hat uns einen neuen Beweis gegeben, in wie kurzer Zeit sich doch die größten industriellen Quantitäten zur Masse zusammenfügen. Es entstehen Stellen, welche die Produktion in viel größerem Maße stellen, als früher überhaupt für möglich gehalten wurde. (Sehr richtig! links.) Gerade dieser Augenblick, wo das Mitglied des Hauses, der Abg. Auer, aus seiner langen irdischen Tätigkeit abgerufen worden ist, erinnert an die Debatten in der Mitte der neunziger Jahre, in denen dieser eine, auch anderen als seinen Parteigenossen unvergeßliche Rede gehalten hat. In jener Debatte über die Frage des zukünftigen Staates hieß doch die Fragestellung: Ist es möglich, daß die Produktion im ganzen geregelt werde? Von den Sozialdemokraten wurde eingewendet: das ist eine Illusion. Heute lesen wir das Wort „Regelung der Produktion“ in der Denkschrift des Reichsamts des Innern über die Kartelle, wir lesen es in jedem Bericht — soweit Berichte in die Öffentlichkeit kommen — über die Versammlungen der Syndikate und Kartelle. Das, was als Marxismus, teils als Illusion und teils als brutaler Angriff gegen die gegenwärtige Gesellschaft früher gebrandmarkt wurde ist heute in der Verwirklichung begriffen von jenen Händen, die feinere Handschuhe haben als die

Hände, die es zunächst aufstreifen wollten. Was der Marxismus beabsichtigt, geschieht nur durch die vereinigten großen Industrien, und dort entsteht eben jene zentrale Machtstellung und eine Steuerfähigkeit, die über die Steuerfähigkeit des Staatswesens hinausgeht. Es wird dem Kohlenkartell verhältnismäßig leichter, 60 Millionen aufzubringen, als es der deutschen Reichsverwaltung wird. (Sehr richtig! und weiter!) und es wird dem Kohlenkartell und dem Stahlwerkskartell verhältnismäßig leichter, hoch begabte Beamte sich anzugliedern, als es der Staatsverwaltung wird. Kurz, es ist ein Konkurrenzbetrieb der industriellen Herrschaft neben dem Staatsbetriebe. Und die Machtfrage zwischen den beiden wird vorläufig in Freundlichkeiten nicht öffentlich erwogen. Aber diese Machtfrage rückt weiter heran. Es scheint im Staatsinteresse zu liegen, die Kräfte, die imstande sind, die zentralisierte Macht der Großindustriellen in gemessenen Grenzen zu halten, nicht zuzulassen, sondern mit zu stärken. Der Zeitpunkt kann geschichtlich sehr leicht kommen, wo die Staatsregierung ihrerseits gar nicht unzufrieden ist, wenn sie gegenüber der Syndikatsmacht nichts macht, die gewisse gemeinsame Interessen haben, jene Mächte nicht übermäßig amwachsen zu lassen.

Jetzt heißt es: Sozialreform überall, nur nicht dort, wo die eigentliche industrielle Herrschaft nötig ist. Jetzt heißt es: den Uebergang von Industriearbeitern zu Industriebürgern, selbst wenn er einmal kommen sollte, in fernere Zukunft hinauszuschieben, da er in der Gegenwart schwierig ist. Die Majorität des Reichstages für Sozialpolitik tritt ein für jene elementaren Grundforderungen, auf denen sich die Arbeiterverfassung auch in der Großindustrie in der Zukunft aufbaut. Die Majorität im Reichstage ist vorhanden. Was nicht vorhanden ist, für diese Arbeit, das ist die Mitwirkung des anderen Faktors in der Gesetzgebung. (Lebhafter Beifall links.)

(Die Rede hat im Hause große Bewegung hervorgerufen, die auch noch andauert, nachdem bereits der Staatssekretär Graf Posadowsky das Wort ergriffen hat, so daß sich dieser anfangs nur mühsam Gehör verschaffen kann.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. April.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Graf Posadowsky erschienen.

Zunächst wird ein Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Wielandts (Pole) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session angenommen.

Die Staatsberatung wird fortgesetzt beim Reichsamt des Innern, Titel: Gehalt des Staatssekretärs. Abg. Pauli-Poisdam (kon.): Wenn der Abg. Hoch meint, es könne keine Sozialpolitik gemacht werden, weil das Großkapital nicht wolle, so hat er doch vergessen, daß gerade die Sozialdemokratie das Großkapital unterstützt. Die sozialdemokratischen Anträge gehen direkt darauf aus, den Mittelstand und das Klein-gewerbe zu vernichten. Ich will dem Abg. Naumann nicht folgen darin, zu untersuchen, wo die Schuld an dem sozialpolitischen Stillstand liegt. Man muß aber bedenken, daß man auch einmal, nachdem in den Jahren vorher Gesetz auf Gesetz gemacht worden ist, aufatmet und prüft, wie das Gesetz wirkt. Erst dann kann man Verbesserungen und Erweiterungen vornehmen. Im übrigen war die Rede des Herrn Naumann sehr schön, aber sie gehörte eher in die Hörsäle einer Universität hinein. (Sehr richtig!) Sie war vom hochgebildeten Standpunkt aus gedacht; mit der Praxis hatte sie nichts zu tun. Wenn mit der sozialen Gesetzgebung, namentlich mit der Zusammenlegung der drei Versicherungsarten wieder eine Befastigung des Mittelstands verbunden sein sollte, so werde seine Partei dafür nicht zu haben sein. Die Unternehmer hätten stets soweit wie möglich den Lohnforderungen entsprochen. Dem Submissionswesen würde seine Partei stets entgegen. In dem sozialpolitischen Programm Posadowskys habe man leider die Sicherung der Bauforderungen vernichtet. Seine Partei wünsche, daß § 34 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes aufgehoben und die frühere Bestimmung über die Anammlung des Reservefonds wiederhergestellt werde.

Breisky (Pole) unterwirft die Polenpolitik der preussischen Regierung einer eingehenden Kritik. Gesetzgebung und Verwaltung gingen gleichmäßig darauf aus, den Polen ihre Rechte zu verkürzen. Bei dem bureaukratischen Regiment der Ostprovinz fühlte sich weder der Deutsche noch der Pole wohl; das beweiße die große Auswanderung. Die staatssozialistischen Experimente hätten im Osten gründlich Mißrat gemacht. Die Polen verlangen Koalitionsfreiheit auch für den ländlichen Arbeiter. Der Redner bekämpfte schließlich die kulturwidrige preussische Schulpolitik und verlangt für die Polen vollständige Freiheit zur Errichtung unabhängiger höherer und niedriger Schulen. (Zustimmung bei den Polen.)

Strefemann (natl.): Den Staatssekretär wolle seine Partei in der Bestrebung zur Weiterführung der Sozialpolitik gerne unterstützen; möge er seinerseits diejenigen Bestrebungen der deutschen Industrie, die auf Förderung des Außenhandels unter Mitwirkung des deutschen Reichs ausgehen, fördern. Der Redner verlangt Subvention einer Zentralanstalt für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter und energische Fortführung der Sozialpolitik.

Unterstaatssekretär Wermuth: Die Reichsregierung sei bestrebt, die Einrichtungen und Neuschöpfung zur Förderung des Außenhandels zu unterstützen und werde gerne mit einer Anstaltsstelle für den Handel arbeiten, wenn die 3 großen Verbände der Industrie eine solche gründen. Ueber eine chemisch-technische Reichsanstalt werde der Staatssekretär sich äußern.

Giesberts (Ztr.) wünscht eine Revision der Arbeitsverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken, namentlich in Elbaf-Lothringen und in Oberschlesien, wo die schlimmsten Zustände herrschen. Notwendig sei Regelung der Arbeitszeit. Die Arbeiter wollen nicht Fast und Streit, sondern nur eine Milderung der Mißstände.



Wauther (f. Sp.) wünscht, daß dem Handwerkerhände aufgehoben werde, was am besten durch eine Revision des Submissionswesens geschehe.
Morgen Weiterberatung. Schluß 6 Uhr.

Kundschau.

Die Budgetkommission des Reichstags hat den Militäretat beendet. Bemerkenswert zu diesen Verhandlungen ist die Resolution, die von Seiten der joz. Fraktion dem Plenum des Reichstags vorgelegt werden soll und die folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in den Etat für 1908 eine Erhöhung der Löhnung der Mannschaften und Unteroffiziere der Armee einzuführen und die bisher den Mannschaften auferlegten Ausgaben für die Beschaffung vorchristlicher Gebrauchsgegenstände auf den Etat zu nehmen.“

Diese Resolution ist insofern von Bedeutung, als sie den Willen der Sozialdemokratie, auch am Militäretat mitzuarbeiten, andeutet. Jedenfalls kann die Ablehnung der Resolution der Sozialdemokratie als Vorwand dienen für die Ablehnung des Militäretats überhaupt. Aus den Verhandlungen selbst ist noch die Diskussion über die Forderung für das württ. Kriegsministerium hervorzuheben. Dabei brachte Abg. Storz (Deutsche Sp.) einen Artikel der „Zukunft“, überschrieben „Erzberger“, zur Sprache, in dem gegen die Gleichstellung der Gehälter der Beamten im württembergischen Kriegsministerium mit denen im preussischen Kriegsministerium protestiert wird. Es wird in dem Artikel gesagt, daß katholische Beamte im württembergischen Kriegsministerium den Abg. Erzberger für ihre finanziellen Wünsche in Anspruch genommen haben. Abg. Storz wies auf die vielen tatsächlichen Unrichtigkeiten in dem Artikel hin und wünscht eine alsbaldige Klarstellung durch den württembergischen Bundesratsbevollmächtigten. Oberst Dorrer bezeichnet die Gleichstellung der württembergischen mit den preussischen Beamten als eine Konsequenz der Verfassung und der Bundesverträge und lehnt es ab, auf eine Bemerkung des Abg. Storz (Soz.), der das württembergische Kriegsministerium als gänzlich überflüssig bezeichnet, und bezweifelt hatte, ob die Herren überhaupt etwas zu tun hätten, materiell einzugehen.

Arbeitsnachweis und Jahressermäßigung auf den deutschen Eisenbahnen. Wie der „Arbeitsmarkt“ mitteilt, soll entsprechend einer Eingabe, welche die f. d. d. Arbeitsnachweisverbände im September 1906 an die deutschen Eisenbahnverwaltungen gerichtet haben, innerhalb der deutschen Regierung eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß mit dem 1. Mai auf allen deutschen Bahnen den durch die öffentlichen Arbeitsnachweiskstellen vermittelten Arbeitern eine Jahressermäßigung zu dem erbetenen Satz von 1,5 Pfennig das Kilometer gewährt werde.

Tages-Chronik.

Berlin, 12. April. Der Kaiser verlieh dem Fürsten von Monaco den Schwarzen Adlerorden.

Wilhelmshaven, 12. April. Der Dampfer „Koon“ ist heute Nachmittag 1 Uhr mit der aus Tsingtau kommenden Ablösung in Stärke von 1039 Mann wohlbehalten hier angekommen.

Amsterdam, 12. April. Auf der Insel Texel wurden die Anfasseln eines augenscheinlich deutschen Luftballons außer zu werfen. Es wurde beobachtet, wie ein heftiger Wind den Ballon in die See trieb. Man vermutet, daß er dort untergegangen ist. (Hier handelt es sich jedenfalls um den Ballon „Jiegler“, der die Nordsee überflog und drüben in England, in Aderby gelandet hat. D. Red.)

London, 12. April. (Unterhaus.) Die zweite Lesung der von dem Arbeitervertreter Walsh eingebrachten Bill, die die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die Grubenarbeiter vorsieht, wurde in der heutigen Sitzung einstimmig angenommen. Seitens der Regierung wurde die Bill im Prinzip gutgeheißen und in Aussicht gestellt, daß eine Regierungsvorlage über diesen Gegenstand eingebracht werden würde, sobald der Bericht über die Angelegenheit der prüfenden Kommission vorliege.

London, 13. April. Im Unterhaus teilte der Staatssekretär des Aeußeren, Sir Edward Grey mit, der britische diplomatische Agent und Generalkonsul in Kairo, Lord Cromer sei aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten; sein Nachfolger werde Sir Eldon Gorst sein.

London, 13. April. Die deutschen Luftschiffer Wegemann und Koch, die in Berlin aufgestiegen waren haben die Nordsee in der Höhe von 1500 Meter überflogen und sind glücklich in Aderby (England) gelandet. Von dort sandten sie ein Telegramm an den deutschen Kaiser.

Washington, 12. April. Das Staatsdepartement erhielt von dem amerikanischen Konsul in Managua eine Depesche, die besagt, die belagerte Stadt Amakala in Honduras sei übergeben worden. Der Krieg in Zentralamerika sei damit zu Ende.

Aus Karlsruhe wird gemeldet: Rechtsanwalt Hau, der unter dem Verdacht steht, seine Schwiegermutter, die Frau Medizinalrat Molitor in Baden im November vorigen Jahres erschossen zu haben, wurde aus der Universitätsklinik Freiburg, in die er vier Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes verwiesen worden war, hierher in die Untersuchungshaft verbracht.

Im Orte Eving bei Dortmund haben die Eheleute Gläfer ihre fünf Kinder und dann sich ermordet.

Aus Münster (Westfalen), wird berichtet: In einem benachbarten Wald sind der Kaufmann Joseph Gerken und seine 3 Kinder, 2 Töchter und 1 Sohn erschossen aufgefunden worden. Man nimmt an, daß der Mann seine Kinder und sich in geistiger Umnachtung getötet hat.

Aus Gens wird gemeldet: Auf einer der Nebenposten wurde ein Wertpapiere-Diebstahl in der Höhe von 20000 Franken entdeckt.

Ein von Orsova nach Budapest abgegangener Schnellzug ist bei Dorosoma entgleist. Zwei Reisende sind tot, drei schwer und zehn leicht verletzt. Vier Wagen, sowie der Bahnkörper sind stark beschädigt.

In Rom ist, nach einem Privat-Telegramm des B. I. ein deutsches Liebespaar in den Tod gegangen. Freitag früh wurde bei Fiumicino ein deutsches Liebespaar aus dem Tiber gezogen. Die Liebenden waren aneinander festgebunden. Die Toten sind ein junger Mann, Gustav Pfeiffer aus Landeskron und ein Mädchen Flora Wahn. Näheres ist unbekannt.

Die Genickstarre.

Konstanz, 12. April. In Kreuzlingen ist ein Fall von Genickstarre vorgekommen.

Essen, 12. April. Die Genickstarreepidemie nimmt im Landkreis großen Umfang an. In Carnap sind 22 Fälle konstatiert. Die Krankheit verläuft meistens tödlich.

Elmsborn, 12. April. Gestern sind hier zwei Kinder an Genickstarre erkrankt, wovon eines gestorben ist. Seit dem 14. März sind hier 12 Personen an Genickstarre erkrankt, wovon zwei Kinder gestorben sind.

Mailand, 12. April. Im Dorf Inarzo bei Galarate ist die Genickstarre epidemisch ausgebrochen. Bisher wurden zehn Fälle festgestellt.

Arbeiterbewegung.

Paris, 12. April. Der von den Gewerkschaften angekündigte allgemeine Ausstand in den Nahrungsmittelgewerben ist ausgeblieben. Die Metzger, Konditoren und das Personal der Wirtschaften arbeiten wie gewöhnlich fort und nur ein kleiner Teil der Bäcker hat heute Nacht nicht gearbeitet, doch macht sich der Ausfall in der Stadt nicht fühlbar. Auch in der Provinz ist die Parole der Gewerkschaften nicht befolgt worden.

Aus Württemberg.

Die Finanzkommission der Zweiten Kammer setzte am Freitag die Beratung des Militäretats fort und erledigte Kapitel 78 bis 88 Tit. 2. Zunächst wurden bezüglich der Mittelschulen noch weitere allgemeine Fragen angeschnitten, welche die Durcharbeit, den Schulbeginn, die Ferienzeit, die Veretzungsprüfungen, die Besoldungsverhältnisse der Lehrer, die Errichtung eines weiteren Realgymnasiums in Stuttgart u. a. betrafen. Der Errichtung je einer weiteren Hauptlehrerstelle an den oberen Gymnasien in Rottweil und in Ehingen, sowie an der unteren Abteilung des letzteren Gymnasiums wurde zugestimmt. Bei Kap. 76 Titel 8 wurde die Eingabe der Zeichenlehrer betreffend gesetzliche Regelung ihrer Gehalts und anderer Rechtsverhältnisse behandelt. Auf Antrag des Berichterstatters v. Gauß wurde bezüglich der einzelnen darin geäußerten Wünsche zum Teil Uebergang zur Tagesordnung, zum Teil Mitteilung an die Regierung zur Kenntnisnahme beschlossen. Bei den Kapiteln betreffend das Volksschulwesen wurde eine nähere Erörterung allgemeiner Fragen mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Volksschulnovelle unterlassen, dagegen die Fragen eines Schulmuseums, die Ausstellung der Schulärzte, des Verhältnisses der Gemeinden zu den Aufsichtsbehörden und Lehrern kurz berührt. Bemerkenswert, vom Etat abweichende Beschlüsse wurden nicht gefaßt, die neuen Ergänzungen für Diäten und Reiseflohen der Schulkammer genehmigt und die Erwartung ausgesprochen, daß die Zwecks Vermehrung der Präparandenkurse in Aussicht stehende Nachhergizung tustlich bald eingebracht werde.

Die Geschäftsordnungskommission der Abg.-Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zunächst mit dem § 42 der Geschäftsordnung, indem es sich um die Rechte des Präsidenten handelt. Es wird diesem § der Satz beigefügt: „In leichteren Fällen der Verletzung der Ordnung kann der Präsident eine Klage aussprechen.“ Des weiteren wurde beschlossen: „Das Mitglied, gegen welches eine Klage oder ein Ordnungsruß verhängt worden ist, kann spätestens am folgenden Tag schriftlich Einspruch erheben, auf welchen die Kammer jedoch nicht vor dem darauffolgenden Tag ohne Beratung darüber entscheidet, ob die Maßregel gerechtfertigt war. In den § 46 wird eingefügt: „Durch Beschluß der Kammer kann eine Besprechung des Gegenstandes auch dann zugelassen werden, wenn der Minister eine Frist zur Beantwortung nicht bestimmt, oder die Frist auf längere Zeit als einen Monat sich bemißt. Die übrigen Beschlüsse der Geschäftsordnungskommission sind mehr redaktioneller Natur.“

Mm, 11 April. Die bürgerlichen Kollegien erledigten in ihrer heutigen Sitzung eine größere Anzahl von Etats. Der Etat der bürgerlichen Stiftungspflege schließt bei 598 000 M. Ausgaben mit einem Ummangel von 318 482 M. ab, von dem 300 000 M. durch die Stadtkasse und der Rest aus Resmitteln gedeckt wird. Der Aufwand für die einzelnen Schulen verteilt sich wie folgt: Gymnasium 82 693 M., Realgymnasium und Oberrealschule 128 711 M., Elementarschule 20 300 M., Mittel- und Volksschulen 236 533 M., Sonntagsgewerbe- und Fortbildungsschulen 41 514 M., Frauenarbeitschule 27 627 M. Nach einer vom Stadtvorstand bekanntgegebenen Uebersicht sind in den letzten 15 Jahren 2 060 000 Bauausgaben für Schulzwecke gemacht worden. Bei dem Etat des Elektrizitätswerks belaufen sich die Einnahmen auf 281 900 M., die Ausgaben auf 245 548 M. Der Ueberschuß von 36 452 M. wird durch den Abmangel im Etat der Straßenbahn wieder aufgehoben. Der Straßenbahnetat sieht eine Einnahme aus Fahrgebern von 155 000 M. vor (gegen das Vorjahr über 60 000 M. mehr), ist aber mit Um- und Erweiterungsbauten des Netzes sehr stark belastet. Der Hochbauetat enthält Ausgaben in Höhe von 143 813 M. Der Tiefbauetat schließt mit 272 276 M. Ausgaben und 31 700 M. Einnahmen ab. Der Armenpflegeetat sieht bei 177 142 M. einen Abmangel von rund 119 000 M. vor, der durch die Hospitalverwaltung Deckung findet. Bei Beratung des Etats der Friedhofverwaltung wurde der Vorschlag gemacht, die Amortisationsquote, die bei Kremationen jetzt 40 bezw. 60 M. beträgt, mit Rücksicht darauf, daß in Jena die Einäscherungsgebühr herabgesetzt wurde und deshalb ein Abwenden nach dorthin von Bayern und Württem-

berg zu befürchten sein dürfte, zu ermäßigen. Es sollen hierüber Verhandlungen mit dem Feuerbestattungsverein gepflogen werden. Beim Krankenpflegeetat teilte der Stadtvorstand mit, daß man mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung sich gezwungen gesehen habe, die Kur- und Pflegekosten von 1 M. 80 Pf. auf 2 M. 20 Pf. per Tag zu erhöhen.

Heidenheim, 12. April. Von den hiesigen bürgerlichen Kollegien wurde in der gestrigen Sitzung beschlossen für die städt. Beamten und Arbeiter die Gehälter bezw. Löhne aufzubessern. Die ständigen Beamten erhalten 250 M., die Assistenten 150 M., die Unterbeamten 100 M. im Jahr; die Tagelöhner 2 Pf. in der Stunde mehr; die Lehrerin an der städt. Frauenarbeitschule erhält 100 M. Aufbesserung.

In Lußnau bei Tübingen wurde die Leiche des vor 14 Tagen kurz nach seiner zweiten Hochzeit verschwundenen Bauern Seibold aus dem Redar gezogen.

In Ehrenstein Orl. Usm ist das von zwei Familien bewohnte Armenhaus niedergebrannt. Die Insassen konnten sich retten. — In Donauwiedenbrunn das Haus des Maurers Pflug ab. Das Feuer griff so rasch um sich, daß ein 4jähriges Kind nicht mehr gerettet werden konnte und deshalb verbrannte, während den übrigen Bewohnern nur die Rettung des nackten Lebens gelang. Ein einjähriges Kind konnte nur noch im letzten Augenblick aus dem brennenden Hause geholt werden.

Gerihtssaal.

Leipzig, 12. April. Die Revision der Frau Rosa Luxemburg gegen das Urteil, durch das sie in Weimar am 12. Dezember wegen Aufreizung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist heute vom Reichsgericht verworfen worden.

Schweidnitz, 13. April. Die Lohngärtnerchefrau Marie Hofmann, die ihrem Chemann, einem verlieblichen Trunkenbold, glühendes Blei in die Ohren gegeben hatte, wurde vor dem hiesigen Schwurgericht freigesprochen.

Sirchberg i. Schl., 13. April. Der verhasste Landwirt Bergmann hat eingestanden, den Mord an dem Gutsbesitzer Klein begangen zu haben. Er bestritt, Mitschuldige zu haben. Sein Bruder wurde aus der Haft entlassen, die Schwester nicht.

Mordprozess Thaw.

Newyork, 12. April. Die Geschworenen im Mordprozess Thaw wurden nach 47stündiger Beratung entlassen, da eine Einigung anscheinend unmöglich ist. Zwei Geschworene blieben für die Freisprechung wegen Irrsinn und zehn für Schuldspruch wegen Mords oder Todschlags. Die neue Verhandlung wird voraussichtlich bald festgesetzt.

Vermischtes.

Der siebenfache Mord in Eving.

Wie schon kurz gemeldet wurde, ist in dem vor den Dortmunds liegenden Dorfe Eving eine entsetzliche Tat begangen worden. Nach Mitteilungen, die der Hr. St. aus Dortmund zugingen, wohnten in der Chauffeestraße 6 in Eving die Bergmannscheleute Gläfer mit ihren fünf im Alter von 8 Jahren bis acht Monaten stehenden Kindern, zwei Knaben und drei Mädchen. Die Leute waren von den Hausbewohnern seit Montag nicht mehr gesehen worden; man nahm deshalb an, sie seien verreckt. Heute (Freitag), kam die Mutter der Frau Gläfer in das Haus, um ihre Tochter zu besuchen. Die Frau schöpfte gleich Verdacht. Sie ließ die verschlossenen Türen durch die Polizei aufbrechen. In dem Schlafzimmer bot sich den Eintretenden ein schrecklicher Anblick. Die sämtlichen Mitglieder der Familie lagen bis aufs Hemd entleert tot da. In dem Schlafzimmer befanden sich zwei Betten. In dem einen Bett lag das Ehepaar, die Frau nach vorn, im anderen die vier ältesten Kinder mit den Füßen gegeneinander stoßend. Das fünfte Kind lag auf einem Stuhle neben dem Bette. Die sämtlichen sieben Personen ist der Tod durch Erdröseln herbeigeführt. Der Mann hatte die Schur, mit der er sich erdrosselt hatte, noch um den Hals, ebenso eins der Kinder. Die drei ältesten Kinder sind ebenfalls mit einem Strick getötet worden, die beiden jüngsten durch Einrücken des Kehlkopfes mit dem Daumen. Entweder haben die Eltern im gegenseitigen Einverständnis die Tat begangen, oder der Mann hat erst die Frau und dann die fünf Kinder erdrosselt, ehe er Hand an sich selbst legte. Irgend welche bestimmte Anhaltspunkte für die eine oder die andere Annahme sind nicht zu Tage gefördert. Der Mann hatte noch bis am Montag Abend auf der Bede gearbeitet. Er galt als ein tüchtiger Bergmann, der gut verdiente. Sein Buch wies Monatsverdienste von M. 180 bis M. 195 auf. Die Frau soll nicht gut gewirtschaftet haben, weshalb die Leute in Schulden gerieten. Die schon stark in Verweigerung übergegangenen Leichen wurden, nachdem der Staatsanwalt, der Untersuchungsrichter und der Arzt dem Sachverhalt festgestellt hatten, eingefahrt. Der Mann ist 1879 in Hartmannsdorf in Schlesien geboren.

Handel und Volkswirtschaft

Dortheim, 11. April. Unsere Landwirte die in den letzten Jahren zu gewaltig hart mit Tabakbau beschäftigt und damit keine schlechten Erfahrungen und Ernten machten, haben auch hiesiger wieder eine Fläche von ca. 10 Morgen hierzu in Aussicht genommen und auch schon Bestellungen auf sogenannte Martellin gemacht. Im vergangenen Jahre erlitten sie für den Preiner Tabak durchschnittlich 38 M. einen Preis wie schon lange nicht mehr. Zum Trocknen der Ware wurde vor einigen Jahren eine eigene Trockenhalle errichtet.

Offenan, 11. April. Wie verlautet, soll hier wegen der milden und geschäftigen Lage ein sog. Ruttelweinberg angelegt werden. In denselben sollen amerikanische Rebschlingen eingekauft und diese dann durch Aufspritzen unserer Rebschlingen bereitet werden. Es soll dies geschehen, um die Rebschlinge für die Weinherstellung unempfindlich zu machen; denn erfahrungsgemäß wird die amerikanische Rebe wohl auch von der Reblaus angefallen wegen ihrer härteren Wurzelstern ist Weibe jedoch gegen den Frost widerstandsfähiger. (Sch. B.)

Heilbronn, 13. April. Kartoffelmarkt an der Posthalle Größe Kartoffeln 4,30 M., Magrum davon 3,20 M. — 3,50, M. Wachs- kartoffeln 5—5,40 M., Frühkartoffeln 6—6,30 M.

Berichtigung.

In die in letzter Nummer unseres Blattes gebrachte Notiz, den Anwesenheitsverkauf des Hrn. Wagnermeisters Pfeiffer betr., hat sich in höchst unliebsamer Weise ein Druckfehler eingeschlichen, es muß nämlich heißen: Um den Preis von 3000 Mk. ging ein Grundstück (nicht das Anwesen) des Hrn. Wagnermeisters Pfeiffer in den Besitz des Mehgermeisters Hrn. Louis Kappelmann über.

(Frühjahrs-Kontrollversammlung.) Die Frühjahrs-Kontrollversammlungen finden statt in Calmbach am 16. April 8^{1/2} Uhr vormittags bei der Kirche.

in Wildbad am 16. April 2^{1/2} Uhr nachmittags in der Zeilhalle und in Auerbach am 17. April 1 Uhr nachmittags beim Kurhaus.

Bei dem am Donnerstag stattgefundenen Holzverkauf des I. Forstamtes Wildbad wurden 100 % des Revierpreises erzielt.

Ein gutes Wärmemittel soll bei aller Ausgiebigkeit doch insofern mild wirken, als es nicht aufrührerisch vor-schmeckt. Mit Recht bezeichnen deshalb erste Fach-Autoritäten die altbewährte Maggi-Würze als ideales Geschmacks-

verbesserungsmittel. Wohl entfaltet sie ihre Wirkkraft schon in kleiner Gabe, ist also sparsamlich, und doch verdeckt sie, richtig angewendet, den Essensgenuss der Speisen nicht, vielmehr hebt sie ihn bis auf den höchsten Grad der Voll-mundigkeit. Eben dadurch wird sie verpönt und Verdenkung wählend an, was auch durch zahlreiche Versuche an Un-verträglichkeiten festgestellt worden ist.

Druck und Verlag von Carl Schenck'schen Buchdruckerei in Wildbad, Auerbach, Calmbach, G. Weisbach, Dautzsch.

Liederkranz Wildbad.

Heute abend 9 Uhr
Zusammenkunft
im Gasthaus zum „Adler“

wozu die Mitglieder höflichst eingeladen sind.

Der Vorstand.

Echt englische

Anthracit-Kohlen

sind eingetroffen.

G. Faas.

Die besten unter allen ähnlichen Produkten sind



in Würfen zu 10 Pfg. für 2 Teller Suppe. Ein Versuch überzeugt Jedermann angelegentlich empfohlen von Karl Wilhelm Vott.

Bruchleidenden

empfehle meine kaum fühlbaren, Tag und Nacht tragbaren Gürtelbruch-bänder

Ratrabepuem und Monopol D. R. P. 161649 von Dr. med. Dongner, Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. Leib- und Vorkleidbänder, Geradhalter, Gummifürmpfe. Mein langjähriger erfahre-ner Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Neuenbürg am Freitag, 19. April, 2-5 Uhr im Hotel z. Bären.

E. Bogison, Badagenfabrik, Stuttgart.

Wer Linoleum legen will

lasse sich erst Originalmuster mit Fabrik-
preisen der

Delmenhorster Ankermarke

vorlegen vom Vertreter für Wildbad

Robert Treiber,
Firma Daniel Treiber.

Wirtschaftspächter

für die Wirtschaft „Brauerei Benerle“ in Wildbad zum sofortigen
Antritt gesucht.

Gest. Offerte an Brauerei Ketterer, Pforzheim.

Herren- u. Damentleiderstoffen

Empfehle meine reichhaltige Musterkollektion in
Blusen, Schürzen, Bettjacken, Hemden, Bett-
bezügen u., ferner Jaquarddecken, Tischdecken,
Betttücher, Bettdecke, Handtücher, Damaste,
Kragen, Krawatten, Manschetten, Handschuhe,
Korsetten, Strümpfe, Socken, Kinderkleidchen
und verschiedene andere Artikel.

Größte Auswahl zu den bekannten billigen Preisen.

Bei Vorzahlung gewähre ich, einige Artikel ausgenommen,
5 Prozent Rabatt.

Albert Lipps.

Geschwister Freund

empfehlen in großer Auswahl:

Taschentücher, Schürzen

für Damen und Kinder

Spitzkragen, Unterröcken,
Blusen, Korinnröcken, Korsetten
Handschuhe.

Reflektieren Sie

auf ein Seifenpulver mit Geschenkbeilagen

so kaufen Sie Gantner's

Veilchenseifenpulver

Marke „Kaminfeger“

in 1/2 Pfund Kartons a 15 Pfg. Sie erhalten in jedem Paket ein sehr hübsches
niedliches Geschenk und Sie kaufen sicher immer gerne wieder!

In den meisten Geschäften zu haben. Vorsicht! Man achte auf die
Marke „Kaminfeger“.

Fabrikant: Carl Gantner, Göppingen.



Schutzmarke

Kanaria und Vogel- züchterverein Wildbad.

Morgen Dienstag

abend 8 Uhr

Ausschussitzung

im Gasthof z. Eisenbahn

Der Vorstand.

Kies und Sand

hat bei sofortiger Abfuhr, billig ab-
zugeben.

Theodor Bechtle.

Ueber Nacht

trocknende Fußbodenlücke kaufen Sie
am besten bei Anton Heinen,
Drogerie.

3 gute

Bettladen

samt Roste

sowie einen

Waschtisch

mit Schieferplatte

hat zu verkaufen.

416) Näheres in der Exp. ds. Bl.

Einige

Accord- Holzschäler

und

Tagelohnarbeiter

für dauernde Beschäftigung

gesucht.

Papierfabrik Wildbad.

Fertige Strümpfe,

Socken, Längen,

Kinder-Strümpfe

mit Knieverstärkung,

Kinder-Kittel,

gut und schön gestrikt, empfiehlt

Frau Pfalzner Beck.

Im Maschinenstricken von

Strümpfen u. empf. sich die Obige.

Ein ordentlicher

Junge

aus achtbarer

Familie kann in

die Lehre treten bei

Ernst Schirrott, Bäckermeister,

Weil der Stadt.

Wer Zimmer gut

vermieten will,

muss geeignete Möbel und

Wäsche haben und kauft

solche vorteilhaft (auch auf

Teilzahlung, ohne Preiserhö-

hung) in dem Ausstattungs-

haus

J. Ittmanns Nachf.

Westl.-K.-Fr.-Str. 42

Pforzheim.

Empfehle meine vorzüglichen

Weiss- und

Rot-Weine

(über die Straße) in verschiedenen

Preislagen. Bei Abnahme von 20

Liter das Liter von 50 Pfg. an.

Fr. Kessler

We inhandlung.

Jedermann
erhält in Pforzheim leicht und diskret
Kredit!

Niedrigste Anzahlung, aller kleinste Raten
und äußerste Kulanz sind die Hauptvorteile meines
Geschäftes. Speziell empfehle ich in einzig da-
stehender Auswahl und vortrefflicher Qualität

Möbel

auf Kredit.

Ständiges Lager kompletter Ein-
richtungen in jeder Holz und Stil-
Art und in jeder Preislage.

Anzahlung für eine vollständige
Wohnung-Einrichtung
schon von 15-20 Mark an.

Einzelne Möbelstücke

wie Divans, Kleiderschränke, Vertikows,
Kommoden, Spiegelschränke, Küchen-
schränke u.

Anzahlung schon v. 5 Mk. an.

Großes Lager in

Herren-Paletots, Damen-Kostüme,

Anzüge, Röcke, Blusen,

Manufakturwaren,

Gardinen, Teppiche u.

Anzahlung nach Uebereinkunft.

Wochenrate von Mark 1.- an.

J. Ittmann Nachf.

westl. Karl-Str. 42, Pforzheim.

Est. 1896.

Gänzlicher

Ausverkauf

in
weiß baumw. Tuch
Baumwollflanell, Schürzenglen &
Betttücher, baumw. Bettelagen
Gummi-Bettelagen
Schürzen, Korsetten, Korsettschoner
Damengürtel, Wollgarne
Kinderkittel, Unterleibchen, Strümpfe
seidene Tücher, Broschen
Taschentücher, Hemdenspitzen
Waschborden

sowie verschiedene andere Artikel zu bedeutend herabgesetzten
Preisen bei

Robert Kiezingen.

Cafe und Konditorei

Lindenberger, Kgl. Hoflieferant

neben Hotel de Russie.

ältestes Geschäft am Platze.

Offene Weine und Liköre, Champagner etc.

Grösste Auswahl in Reisegeschenken

Chokolade, Desserts, Bonbons, Backwerk.

Bestellungen prompt hier und auswärts.

Dentist E. Zittel, Wildbad

wohnt jetzt

Hauptstrasse 75

neben Hotel gold, Stern.